

INSIDE

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 6. Dezember 2019

Inhalt:

- › **Auftakt des Präsidenten: Parteitag mit Parolenfassungen für den 9. Februar 2019** Von Lukas Pfisterer (S. 1)
- › **Herzlich willkommen in der FDP-Fraktion: Suzanne Marclay-Merz als Grossrätin in Pflicht genommen** (S. 2)
- › **Finanzielle Gesundheit auf Kurs: Kantonsbudget und Planjahre beschlossen** Von Lukas Pfisterer (S. 2)
- › **Teilrevision Spitalgesetz: gute Vorlage für den neuen Gesundheitsdirektor** Von Martina Sigg (S. 3)
- › **Kanton geht Mobilitätsplanung aktiv an: öV-Programm 2020 einstimmig genehmigt** Von Stefan Huwlyer (S. 4)
- › **FDP-Standesinitiative für die Abschaffung von Listenverbindungen scheidet knapp** Von Sabina Freiermuth (S. 4)
- › **Naturschutzprogramm Wald wird fortgeführt** Von Renate Gautschy (S. 5)
- › **FDP-Vorstoss gegen Fehlanreize in der Langzeitversorgung** Von Martina Sigg (S. 5)

Auftakt des Präsidenten

Parteitag mit Parolenfassungen für den 9. Februar 2020

Lukas Pfisterer, Grossrat, Präsident FDP Aargau, Aarau
pfisterer@fdp-ag.ch



Der Parteitag in Buchs gab wieder einmal die Gelegenheit, über Sachgeschäfte zu diskutieren. Die Anwesenden fassten die Abstimmungsparolen für den 9. Februar 2020, gratulierten aber zuvor Thierry Burkart zur Wahl in den Ständerat.

Vor der Parolenfassung bot sich nochmals die Gelegenheit, auf den Wahlsonntag zurückzuschauen. Thierry Burkart hatte knapp 100'000 Stimmen erzielt und in 10 von 11 Bezirken das beste Resultat erreicht.

Sein Name stand auf beinahe zwei Drittel aller Listen. Ein toller Erfolg nach einem anstrengenden Wahlkampf während über einem Jahr! Gratulationen erhielt auch Maja Riniker, die für Thierry Burkart in den Nationalrat nachrückt. Ein grosser Dank ging an Christoph von Büren. Als Wahlkampfleiter hatte er Tag und Nacht ein enormes Engagement gezeigt. Herzlichen Dank lieber Christoph!

Ja zur Revision des Bürgerrechtsgesetzes

Dann ging es zu den Sachgeschäften weiter. Stefan Huwlyer, Grossrat und unser Geschäftsführer, stellte die Revision des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht KBüG vor. Kernpunkte der Vorlage sind die Einführung von Staatskunde-Tests als Voraussetzung für die Einbürgerung und eine zehnjährige Wartefrist für ehemalige Sozialhilfebezügler, bis sie ein Einbürgerungsgesuch stellen können. Die Ja-Parole wurde einstimmig gefasst.

Nein zur Mieterverbands-Initiative

Die FDP sagt Ja zur Förderung von Darlehen beim gemeinnützigen Wohnraum, aber Nein zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Mieterverbandes, welche uns Matthias Jauslin, Nationalrat, vorstellte. Die Initiative fordert unter anderem eine 10 Prozent-Quote für Wohnungen von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus und staatliche Vorkaufsrechte für Grundstücke privater Grundeigentümer und des Bundes. Sie führt zu massiven staatlichen Eingriffen in den Schweizer Wohnungsmarkt. Das Nein gegen die beginnende Verstaatlichung des Wohnungsmarkts war deshalb deutlich. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bei einem Nein zur Initiative ein Gegenvorschlag gilt: Der bestehende «Fonds de Roulemonet» wird mit zusätzlichen 250 Millionen Franken gespiesen. Aus dem Fonds können gemeinnützigen Bauträgern zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen gewährt werden.

Ja zur Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm

Schliesslich wurde die Ja-Parole zur Erweiterung der nationalen Antirassismus-Strafnorm auf den Bereich sexuelle Orientierung beschlossen. Mentari Baumann, Bern, Vizepräsidentin von FDP RADIGAL, der freisinnigen Interessenvertretung für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle, vertrat die Vorlage. Die Vorlage schliesst eine Gesetzeslücke, stärkt der Minderheitenschutz und betreibt aktive Gewaltprävention. Das Ja war deutlich gegen 9 Nein.

Herzlich willkommen in der FDP-Fraktion Suzanne Marclay-Merz als Grossrätin in Pflicht genommen

Als Nachfolgerin von Nationalrätin Maja Riniker wurde Suzanne Marclay-Merz am vergangenen Dienstag als Mitglied des Grossen Rates in Pflicht genommen. Eine politische Newcomerin ist das neue Mitglied der FDP-Fraktion keineswegs. Suzanne Marclay-Merz ist Stadträtin in der Kantonshauptstadt Aarau und dort seit 2016 auch Mitglied des Parteivorstands. Zudem nimmt sie seit 2017 Einsitz im Bezirksschulrat. Dieses Jahr hat Suzanne Marclay-Merz für den Nationalrat kandidiert und dabei als erstmals Kandidierende einen Achtungserfolg erzielt. Suzanne Marclay-Merz ist Juristin und bringt vielfältige Berufserfahrung mit, u.a als praktizierende Rechtsanwältin, Verwaltungsrätin, ehemaliges GL-Mitglied einer internationalen Firma und ehemalige Gerichtspräsidentin am Bezirksgericht Kulm.

Als Mutter von drei Kindern und passionierte Freizeitsportlerin ist Suzanne Marclay-Merz auch privat stets engagiert.

Liebe Suzanne, wir heissen Dich herzlich willkommen in der FDP-Fraktion und wünschen Dir im neuen Amt viel Freude und Erfolg!



Suzanne Marclay-Merz

Im Namen der FDP-Fraktion

Sabina Freiermuth
Fraktionspräsidentin

Stefan Huwyler
Fraktionssekretär

Finanzielle Gesundheit auf Kurs Kantonsbudget 2020 und Planjahre 2021-23 beschlossen

Lukas Pfisterer, Grossrat, Präsident FDP Aargau, Aarau
pfisterer@fdp-ag.ch



Der Grosse Rat beschloss das Budget 2020 mit klarer Mehrheit. Der Überschuss beträgt 52 Millionen Franken.

Nach Abschluss der Debatte kann festgestellt werden, dass der Grosse Rat den Kurs aus den Kommissionsberatungen im Wesentlichen halten konnte. Die Versuche von Mehrausgaben insbesondere von Grüner Seite her fanden keine Mehrheiten.

Letztlich ist der Finanz-Haushalt zwar noch nicht ganz gesund, der grösste Schnupfen nach den «Rosskuren» der letzten Jahre ist aber überwunden. Nach wie vor hängt die langfristige finanzielle Gesundheit allerdings von der erfolgreichen Umsetzung der Reformmodule zur Haushaltssanierung ab. In den kommenden Planjahren stellt der Regierungsrat bzw. der Grosse Rat die nächsten Weichen dazu.

Die FDP-Fraktion stimmte dem Budget und auch den Planjahren 2021-2023 zu. Für einmal konnte auch die Partei

rechts von uns dem Budget zustimmen, ihr Nein zu den Planjahren jedoch erneut nicht überwinden. Das änderte an der Mehrheit nichts. Ein Nein zu den Planjahren wäre letztlich eine «Carte Blanche» für den Regierungsrat gewesen, hätte der Grosse Rat dadurch dem Regierungsrat nämlich keine Leitplanken für die Folgejahre gesetzt. Die freisinnige Fraktion wird in den jährlichen Budgetberatungen die notwendigen Anpassungen durchaus noch vornehmen.

Schliesslich verlangten wir vom Regierungsrat, dass er uns im Frühjahr 2020 mit der Aktualisierung der 10-jährigen Finanzperspektive auch Aussagen zum Wirtschaftsstandort Aargau vorlegt. Denn Finanzpolitik ist auch Standortpolitik. Im Moment sind die nächsten Jahre für unseren Kanton mit gewissen Unsicherheiten verbunden. Wir sind stark exportorientiert und der Euro-Raum ist insbesondere für den Aargau ein wichtiger Absatzmarkt. Wir erwarten daher vom Regierungsrat eine langfristige Perspektive, wie er den Kanton durch diese Unsicherheiten steuern will.

Teilrevision Spitalgesetz, erste Lesung

Stephan Attigers gute Vorlage für den neuen Gesundheitsdirektor

Dr. Martina Sigg, Grossrätin, Leiterin Ressort Gesundheit und Soziales, Schinznach

martina.sigg@bluewin.ch



Die Revision des Spitalgesetzes wurde schon unter Susanne Hochuli gestartet, von Franziska Roth dann überarbeitet und fortgesetzt, Die Vernehmlassung war vor einem Jahr. Doch dann kam alles anders: wichtige Punkte im Entwurf wurden massiv kritisiert – dazu kamen Diskussionen über die Beurteilung der grossen Neubauprojekte der Kantonsspitäler, über die Einstufung der Spitäler, die neue Spitalliste, die Frage um die Eigentümerschaft und einiges mehr. All diese Unsicherheiten lösten aus, dass die Gesundheitskommission die Notbremse zog und zuerst eine Strategie verlangte. Zeitgleich dazu kam der Rücktritt von Franziska Roth, «unser» Stephan Attiger übernahm.

Die Regierung entschied, eine Teilrevision mit den unbestrittenen Punkten durchzuführen. Dies war ein richtiger und guter

Entscheid. Endlich ging mal etwas vorwärts in diesen endlosen Debatten, Resultate wurden sichtbar, die die Planungssicherheit der Spitäler erhöhen. Stephan Attiger gab Gas, so dass alle Kommissions- und Grossratsberatungen noch mit ihm stattfinden konnten.

Dies sind die zentralen Punkte:

1. Es soll eine gesetzliche Grundlage für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) und deren Finanzierung geschaffen werden. Bei den GWL handelt es sich um Leistungen der Gesundheitsversorger, die über ihre bundesgesetzlich vorgeschriebenen Leistungsverpflichtungen hinausgehen. Insbesondere soll auch die intermediäre psychiatrische Versorgung mitfinanziert werden. Dies soll insgesamt zu Einsparungen beim Kanton führen, weil stationäre Aufenthalte vermieden werden können. Mit der intermediären Versorgung sind eigentlich zwei Sachen gemeint:
 - a) Das ehemalige teilstationäre Angebot. Also Personen, für die ein stationärer Aufenthalt nicht oder nicht mehr geeignet ist, und abends oder am Wochenende nach Hause gehen, damit sie sich auch in ihrem normalen Umfeld noch bewegen können.
 - b) Das Hometreatment: Diese psychiatrische Behandlung zu Hause erfolgt durch ein mobiles und multiprofessionelles Behandlungsteam, das die Patientinnen und Patienten je nach Bedarf

aufsucht. Ziel ist es, die regelmässig stark ausbeziehungsweise überlasteten Klinikstationen durch ein potenziell kostengünstigeres, aufsuchendes Behandlungsangebot im häuslichen Umfeld der Patientinnen und Patienten zu ersetzen.

2. Eine Pilotnorm soll es den Leistungserbringenden in der gesamten Gesundheitsversorgung ermöglichen, innovative Projekte und Versorgungsmodelle zu erproben. Diese sollen zu einer besseren Gesundheitsversorgung und idealerweise zu Kosteneinsparungen führen.
3. Schliesslich soll die Spitalsteuer abgeschafft werden, sie ist seit langem 15 Prozent, damit kann nur noch rund die Hälfte des Kantonsanteils an der Spitalfinanzierung gedeckt werden. Sie soll in die ordentliche Kantonssteuer überführt werden.

In der Debatte im Grossen Rat waren sich alle einig – bis auf die SVP. Diese unterstützte eigentlich nur die Abschaffung der Spitalsteuer und lehnte demzufolge das ganze Gesetz ab. Ich reichte im Namen der FDP noch 2 Prüfungsaufträge für die zweite Lesung ein. Dabei geht es um die mögliche Ausschreibung der GWL Leistungen (eine Forderung, die von Gesundheitsökonominnen immer wieder gestellt wird) und um eine bessere Formulierung bei der intermediären Versorgung.

Ich bin gespannt, wie sich die SVP in der zweiten Lesung verhalten wird, wenn dann «ihr» Regierungsrat Gallati die Vorlage vertreten wird, der sie selber als Grossrat noch aktiv bekämpfte.

Agenda – Nächste Veranstaltungen FDP.Die Liberalen Aargau:

Samstag, 18. Januar 2020, Gasthof zum Schützen, Aarau: Präsidienkonferenz und Info-Tagung

- › 08:00 Uhr: Präsidienkonferenz, Thema «Wahlen 2020»
- › 10:00 Uhr: Öffentliche Info-Tagung, Thema Führungsstrukturen Schule (Abschaffung Schulpflege)

Dienstag, 10. März 2020: Parteitag 20/1, Bezirk Zurzach (Details werden noch bekannt gegeben)

- › 19:00 Uhr: Parteitag, u.a. mit Nomination für Regierungsratswahlen 2020

Kanton geht Mobilitätsplanung aktiv an Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr 2020 einstimmig genehmigt

Stefan Huwyler, Grossrat, Geschäftsführer/Fraktionssekretär, Muri
huwyler@fdp-ag.ch



Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt unter der Leitung von Regierungsrat Stephan Attiger hat ganze Arbeit geleistet. Mit der 2016 vom Grossen Rat verabschiedeten Strategie mobilitätAARGAU und nun mit dem Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr 2020 (MJP öV 2020) hat das BVU bewiesen, dass man nicht verwaltet, sondern aktiv und langfristig die Zukunft der Mobilität in unserem Kanton plant. Es gilt, in einer hochkomplexen Gesamtplanung die Vorgaben aus dem Richtplan, der Mobilitätsstrategie und die betrieblichen und technischen Aspekte der Bahninfrastruktur aufeinander abzustimmen.

Mobilitäts- und Infrastrukturplanungen sind absolut zentrale Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Es ist erfreulich, dass der Aargau hier eine proaktive, gestalterische Rolle einnimmt. Die Stossrichtung des Mehrjahresprogramm öV stimmt. Es ist breit abgestützt und der rote Faden von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen ist gut erkennbar und nachvollziehbar.

Nebst der Botschaft hat an den Grossen Rat hat der Regierungsrat in einer umfassenden Dokumentation dargelegt den öffentlichen Verkehr in unserem Kanton in den nächsten zehn Jahren gestalten möchte. Besonders lobenswert zu erwähnen ist, dass auf die Thematik der Schnittstellen zwischen

den verschiedenen Verkehrsträgern (Bahn und Bus, aber auch P+R, Fuss- und Veloverkehr) ein zentrales Augenmerk gerichtet wird. Die Optimierung der Verkehrsdrehscheiben und die optimale und effiziente Nutzung der Verkehrsinfrastruktur sind aufgrund der stetigen Verdichtung des privaten und öffentlichen Verkehrs von grösster Wichtigkeit.

Mehrere Votanten aus verschiedenen Fraktionen und Kantonteilen nutzten die Gelegenheit, bei der Behandlung des MJP öV 2020 auf Herausforderungen und Erwartungshaltungen der jeweiligen Region im Bereich öV hinzuweisen. Einig war man sich darüber, dass der Aargau keinesfalls zum Durchfahrtskanton werden darf. Als Vorlage war das MJP öV gänzlich unbestritten und wurde einstimmig genehmigt.

Denkbar knapp abgelehnt ist auch daneben FDP-Standesinitiative für Abschaffung von Listenverbindungen scheitert knapp

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Fraktionspräsidentin, Zofingen
sabina.freiermuth@hispeed.ch



Die Diskussion unseres Antrags für eine Standesinitiative zur Abschaffung von Listenverbindungen zeigte erstens: Niemand ist so recht zufrieden mit dem gegenwärtigen Wahlsystem der Nationalratswahlen. Und zweitens: (Zu) Wenige sind wirklich bereit, das Wahlsystem ohne Scheuklappen zu diskutieren und eine bessere Lösung zu finden. Denkbar knapp, mit 62:63 Stimmen wurde unser Vorstoss leider abgelehnt. Somit bleibt wohl auch für die nächsten Wahlen alles beim Alten – es sei denn, es bewegt sich etwas auf Bundesebene.

Eigentlich war man sich bei der Diskussion des FDP-Antrags für eine Standesinitiative (vgl. [IN-SIDE vom 08.11.2019](#)) einig: Niemand ist so recht glücklich mit dem Instrument der Listenverbindungen. Die Wahlen 2019 zeigten erneut auf, dass Listenverbindungen bei den Wählerinnen und Wähler unbeliebt sind. Für sie ist die Wirkung des Instruments kaum zu durchschauen. Wird darüber hinaus auch der Wählerwille verfälscht, so trägt das zusätzlich zur allgemeinen Politikverdrossenheit bei. Die Wahlbeteiligung sank denn auch bei

den Nationalratswahlen 2019 gegenüber 2015 um 3.5 Prozent auf 44.7 Prozent.

Man ist sich im Grundsatz einig, stimmt aber trotzdem nicht zu

Fragen Sie sich nun auch, warum der Antrag trotzdem nicht erheblich erklärt wurde? Die einen erhielten Order ihrer Bundespartei, den Vorstoss abzulehnen. Die andern hatten schlicht Bedenken, es könnten ihnen Nachteile entstehen. Und wieder andere fanden, das Anliegen solle von den Bundesparlamentariern direkt auf Eidgenössischer Ebene platziert werden. Für mich gibt es nur eine Erklärung: Das Alte (wenn auch mangelhaft) ist einem oft lieber, wenn man das Neue nicht kennt!

Naturschutzprogramm Wald wird fortgeführt

Grosser Rat stimmt Verpflichtungskredit für fünfte Etappe deutlich zu

Renate Gautschy, Grossrätin, Gemeindeammann, Gontenschwil
renate.gautschy@bluewin.ch



Thema des Naturschutzprogrammes Wald und wurde von einer deutlichen Parlamentsmehrheit verworfen. Bei der fünf-

Die FDP-Fraktion hat den Zwischenbericht 2019 Naturschutzprogramm Wald einstimmig zur Kenntnis genommen. Im Grossen Rat war das Geschäft weitgehend unbestritten. Auch der fünften Etappe (2020-2025) des Naturschutzprogramms Wald wurde gem. Antrag Regierung einstimmig zugestimmt.

Einem Antrag der Grünen, den vorgesehenen Betrag von 1,84 Millionen Franken für Naturwaldreservate und Altholzinseln um 2 Millionen zu erhöhen hat die FDP-Fraktion abgelehnt. Das Begehren ist kein

ten Etappe des Naturschutzprogrammes Wald geht es vielmehr um die Fortschreibung der vierten Etappe sowie um die Ausweitung der Waldränder.

Das Naturschutzprogramm Wald Aargau ist schweizweit ein Vorzeigeprojekt. Es wird im Departement BVU vorausschauende und klimabewusste ausgezeichnete Arbeit geleistet, hierfür gebührt Stephan Attiger und seinem Team Dank und Anerkennung. Das Geschäft wurde in der Schlussabstimmung vom Grossen Rat mit grosser Zustimmung verabschiedet.

Vorstoss gegen Fehlanreize in der Langzeitversorgung

FDP-Fraktion reicht Postulat ein

Dr. Martina Sigg, Grossrätin, Leiterin Ressort Gesundheit und Soziales, Schinznach
martina.sigg@bluewin.ch



Ein Beispiel hatten wir gerade letzte Woche im Rat diskutiert: der Regierungsrat legt die Normkosten für die Pflegeheime fest. Damit wird die Höhe der Restkosten, die die Gemeinden bezahlen müssen, direkt beeinflusst. Von den Gemeinden wird erwartet, dass sie bei ihren Pflegeheimen die Wirtschaftlichkeit prüfen, die Vorgaben macht aber wiederum der Kanton, auch der Vergleich der verschiedenen Heime wird vom Kanton gemacht. Die Gemeinden haben eigentlich ein Interesse daran, dass ihre Heime gut gefüllt sind, die sie gebaut haben.

Menschen, die von der Spitex betreut werden, verursachen den Gemeinden auch Kosten, denn sie müssen die Restkosten der Spitex übernehmen.

Die FDP-Fraktion möchte vom Regierungsrat einen Bericht über Möglichkeiten der einheitlichen Finanzierung und Steuerung von Spital-, Pflege- und Ergänzungsleistungen. Auf Bundesebene ist die einheitliche Finanzierung von Gesundheitsleistungen ein grosses Thema. Aber auch in unseren kantonalen Regelungen gibt es vor allem in der Langzeitversorgung unterschiedliche Finanzierungssysteme. Es gibt verschiedene Kostenträger, die einzelne Leistungen (mit)-finanzieren: Krankenkassen, Gemeinden und Kanton. Planung und Steuerung geschehen aber nicht überall nach dem Äquivalenzprinzip, was zu Intransparenz, Fehlanreizen, mangelnder Effizienz und hohen Kosten führen kann.

Ein Beispiel hatten wir gerade letzte Woche im Rat diskutiert: der Regierungsrat legt die Normkosten für die

Je nachdem ist es für die Gemeinde aber finanziell interessanter, wenn ältere Menschen im Pflegeheim sind, als wenn sie zu Hause betreut werden. Wie im Akutbereich sind Krankenkassen und Gemeinden Finanzierer, die Regelungen sind unterschiedlich je nach Aufenthalt, was automatisch zu Fehlanreizen führt.

Und die dritte Ebene, die noch hineinspielt, ist die Finanzierung der Ergänzungsleistungen. Diese sind unterschiedlich hoch je nach Aufenthaltsstatus, z.B. sind sie im betreuten Wohnen tiefer als im Pflegeheim. Kostenträger ist der Kanton, die Hauptregulierung geschieht beim Bund.

Dieses komplexe Räderwerk sollte entflechtet werden. Dafür müssen wir es aber zuerst richtig analysieren. Der Bericht des Regierungsrates soll Klarheit verschaffen

Redaktion und Versand INSIDE:

Stefan Huwyler, Geschäftsführer/Fraktionssekretär FDP.Die Liberalen Aargau
E-Mail: info@fdp-ag.ch